

18.09.1973 – Vor 40 Jahren wurden die BRD und die DDR in die UNO aufgenommen

21.09.1933 – Vor 80 Jahren begann mit dem Reichstagsbrandprozeß und seiner Anklage gegen Dimitroff und Genossen in Leipzig der erste große faschistische Schauprozeß in Deutschland (bis 23.12.1933)

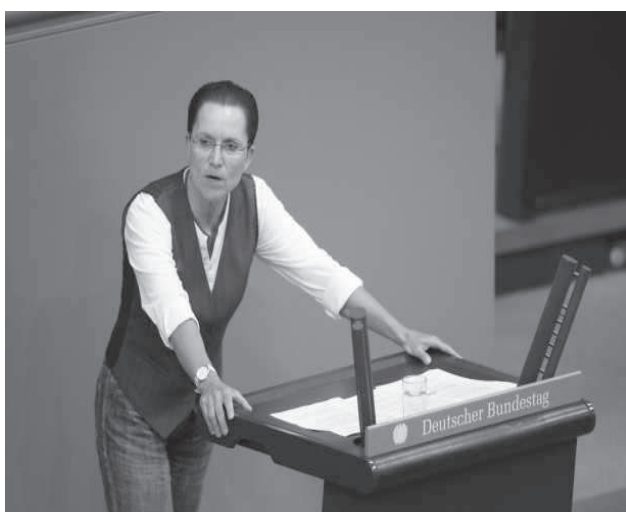
23.09.1993 – Vor 20 Jahren beschloss das südafrikanische Parlament die Einsetzung einer Übergangsregierung, an der erstmals auch Vertreter der afrikanischen Befreiungsbewegungen beteiligt waren

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

16. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

17. September 2013



Die Magdeburger Volksstimme hat nachgezählt, welche Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt am fleißigsten waren in den vergangenen vier Jahren. Festgemacht hat sie dies an den parlamentarischen Initiativen, also Gesetzentwürfen, Anträgen, Nachfragen usw. Während es einzelne ParlamentarierInnen von CDU und FDP in auffallend vielen Kategorien auf exakt null Initiativen bringen, sind die LINKEN Abgeordneten fast überall führend.

Die meisten Gesetzentwürfe mit Sachsen-Anhaltinischer Beteiligung, die meisten Anträge, die meisten Fragen für die Fragestunde, überall ist die LINKE vorn. Nur bei den kleinen Anfragen, die das Parlament an die Regierung stellen kann, führt Undine Kurth von den Grünen.

Petra Sitte hat besonders für "die Würze im Parlament" (Volksstimme) gesorgt: Mit 89 Reden hat sie sich mit Abstand am meisten von allen Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt Stück in den vergangenen vier Jahren zu Wort gemeldet.

(Quelle: www.petra-sitte.de)

Aller guten Dinge vier:

18. September
ab 15 Uhr, Marktplatz, Halle

**Gregor Gysi,
Petra Sitte, Wulf Gallert
und Dietmar Bartsch**

Liebe Genossinnen und Genossen, die meisten von Euch haben sicher unser tolles rotes Wahlkampffahrrad schon im Einsatz gesehen. Nach dem 22. September werden wir es zunächst nicht mehr jeden Tag im Einsatz haben. Der Winter mit wahrscheinlich Schnee, Eis und Wind steht auch vor der Tür. Damit dieses treue Begleitfahrrad nicht friert, rostet oder Schlimmeres suchen wir dringend eine Unterstellmöglichkeit. Die Maße sind wie folgt:
Breite 1,00 Meter / Länge 2,60 Meter / Höhe 1,20 Meter.

Wer also helfen kann meldet sich bitte zu den Geschäftszeiten in der Geschäftsstelle, über info@dielinke-halle.de oder telefonisch bei Marianne Böttcher 01775737799.

Aus der Sondersitzung des Stadtrates am 11. September 2013

Es war zu erwarten, dass die Sondersitzung –des Stadtrates zu den „Aufregerthemen“ des Sommers länger als zwei Stunden gehen würde!(so war es wohl mal ursprünglich angedacht, da auch noch Ausschüsse tagen sollten!)Das erste große Thema war der Beschluss zur Schadensliste des Hochwassers, auf deren Grundlage Fördermittel aus dem Fluthilfefond beantragt werden sollen. Erschwerend für die Beratung war, dass diese Vorlage- auch wenn sie inhaltlich gut aufbereitet war- den Stadträten erst am Sonnabend vor der Stadtratssitzung zur Verfügung gestellt wurde. In der Sondersitzung der Fraktion zu dieser Thematik verständigten wir uns darauf, dass es grundsätzlich Zustimmung zu der Vorlage geben würde. Allerdings haben wir auch vereinbart, konkrete Nachfragen zu Projekten zu stellen, wo uns die geplanten Summen der Schäden Fragen aufgaben. Uwe Köck drückte es im Stadtrat treffend aus: „Wir müssen dankbar sein, dass das Geld zur Verfügung steht. Aber ich möchte mir später nicht vorwerfen lassen, dass wir uns unlauter bereichern wollen.“ Auch andere Fraktionen stellten Detailfragen. Die Stadtratssitzung wurde für eine halbe Stunde unterbrochen und genutzt, um in den mitgebrachten Heftern nach den Anträgen zu schauen und uns Antworten auf die offenen Probleme zu geben. Mit großer Mehrheit wurde die Vorlage bestätigt, die eine Summe von 275 Millionen Euro für alle aufgeführten Maßnahmen beinhaltet. Dabei sind u.a. die Sanierung der Eissporthalle, die Sanierung des Gimmritzer Dammes, das HFC-Nachwuchszentrum, das MMZ u.a.m. Wie zu erwarten war, spielte das Thema „Deichbau“ eine

große Rolle in der weiteren Diskussion. Ein Dringlichkeitsantrag der CDU; FDP, SPD und Fraktion MitBÜRGER/NEUES FORUM mit dem Ziel, dass der Oberbürgermeister Rechtsstreitigkeiten mit dem Land zum Deichbau beendet, fand eine Mehrheit. In der dazu folgenden Diskussion ging es hart zur Sache. Deutlich wurde, dass der OB von allen Fraktionen zu seiner Informationstätigkeit und seinen nicht mit den Stadträten abgestimmten Klagen, Kritik erntete. Der Vorwurf, dass er die „demokratischen Spielregeln“ nicht einhalten würde, stand im Mittelpunkt. Aus unserer Fraktion gab es zu diesem Antrag einen Änderungsantrag. Der Beschlusspunkt lautete: „Der Stadtrat unterstützt den Oberbürgermeister in dem Vorhaben, den Neubau der Hochwasserschutzanlage am Gimmritzer Damm stringent voranzutreiben. Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, sich dabei eng mit dem Stadtrat abzustimmen. Die Stadtverwaltung gibt dem Stadtrat einen monatlichen Fortschrittsbericht. Bis zur Fertigstellung des neuen Hochwasserdeiches ist für den Fall eintretender Hochwasserereignisse in Zusammenarbeit mit dem LHW ein Sonderschutzplan für einen Notdeich zu erstellen.“ Bodo Meerheim begründete diesen Antrag mit den Worten, dass es zwar darum ginge, die Rechtsstreitigkeiten zu beenden, aber auch darum, nach Außen zu zeigen, dass wir gemeinsam-der OB und der Stadtrat- wirken wollen, um 2014 einen neuen Deich zu haben! Letztlich wurde unser Antrag nur von der Fraktion der GRÜNEN unterstützt und fand keine Mehrheit im Stadtrat. Es wurde lange debattiert, gestritten, versucht eine Einigung zu erzielen! Der OB stellte immer wie-

der dar, dass das Land die Probleme schiebt und keine Lösung anbietet, zu keiner Entscheidung kommt! Und der Stadtrat stellt immer wieder fest, dass der Klageweg eben nicht der richtige Weg ist. Gegen den Beschluss des Stadtrates, den OB zu beauftragen, keinerlei Klagen mehr zu führen, kündigte der OB seinen Widerspruch an. Eine Dringlichkeitsvorlage des Oberbürgermeisters zur Bestellung eines Sanierungsbevollmächtigten für die Theater, Oper und Orchester GmbH wurde seitens der Stadträte vollständig abgelehnt. Dagegen setzte sich ein Dringlichkeitsantrag von CDU, FDP, SPD und MitBÜRGER/NEUES FORUM durch. Der Antrag beinhaltet den Oberbürgermeister aufzufordern, weiterhin mit dem Land Sachsen-Anhalt zu verhandeln. U.a. gab es den Punkt, zu verhandeln, dass das Händelfestspielorchester vom Land allein finanziert werden könnte. Nicht zuletzt auf die Intensionen unserer Fraktion fußend, wurde daraus ein „Prüfauftrag“, denn mögliche Konsequenzen für das Orchester insgesamt müssen erst beachtet werden. Es gab auch heftige Debatten in dieser Diskussion, Argumente prallten aufeinander. Petra Sitte fragte deutlich nach in der Diskussion, ob der OB das Schutzschirmverfahren (und damit der den Einsatz des Beauftragten) auch ohne Beschluss des Rates einleiten würde. Zunächst bejahte das der OB, weil er auf seine Verantwortung als OB für die TOO verwies. Im Zuge der Diskussion nahm er aber diese Maßnahme vorerst zurück. Bis zum Ende des Monats muss ein Strukturkonzept beim Land Sachsen-Anhalt vorliegen. Vereinbart wurde, dass es in der nächsten Ratssitzung noch einmal einen neuen Antrag zur The-

matik geben wird. Der o.g. Antrag sowie ein Antrag unserer Fraktion - eine Resolution zum Erhalt der TOO - wurden angenommen. Im Beschluss unseres Antrages ist aufgeführt, dass die Stadt Halle sich gemeinsam mit anderen Theater-

trägern, insbesondere mit der Stadt Dessau-Roßlau und dem Saalekreis (Theater Bad Lauchstädt) in eine zukünftige Strukturdiskussion einbringt.

Ute Hauptstadträtin

22.09.2013 ab 17:50 Uhr
Wahlparty in Strieses Biertunnel

02.10.2013, 18:00 Uhr
Basisberatung mit dem Stadt-
vorstand in der Blumenstraße

Veranstaltungsankündigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Oktober

Frauenkulturtag „Reiselust - Arbeiten und Leben in der Europäischen Union. Angekommen? - Die Unionsbürgerin im Jahr 2013“

Termin: **18.10.2013 bis 3.11.2013**

Ort: Halle

gemeinsam mit Dornrosa e.V.

Schirmfrau Dr. Evelin Wittich, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
komplettes Programm unter www.weiberwirtschaft-halle.de

Dienstag, den 22. Oktober, 19:00 Uhr

„Eine Frau reist durch die Welt“ Buchlesung zu Maria Leitner
von und mit Juliane Killet

Ort: Frauenzentrum Weiberwirtschaft, 06108 Halle,
Karl-Liebnecht-Str. 32

gemeinsam mit Frauenzentrum Weiberwirtschaft

Mittwoch, den 16. Oktober 19:00 Uhr

Frauenleben im Reservat - Auf den Spuren von Mary Brave Bird
Ein dokumentarisch-literarischer Abend über eine indigene Bürgerrechts-
aktivistin

Ort: Haus der Evangelischen Kirche, Mittelstraße 14, 06108 Halle
zus. mit Dornrosa e.V.

Freitag, den 25. Oktober 2013 19:00 Uhr

Rosa Luxemburg und europäische Frauenpolitiken heute

Ort: Frauenzentrum Weiberwirtschaft, 06108 Halle,
Karl-Liebnecht-Str. 32

gemeinsam mit Frauenzentrum Weiberwirtschaft

Vortrag und Diskussion mit Dr. Evelin Wittich

im Rahmen der Frauenkulturtrage

Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.

Der Ortsverband Halle-Nord
der LINKEN lädt zur nächsten
Zusammenkunft
am Mittwoch,
dem 2. Oktober 2013,
16.30 Uhr

in den Versammlungsraum
Blumenstraße 16 ein.
Zu Gast ist Marcel Kieslich
(Mitglied des Stadtvorstandes),
der mit uns die Ergebnisse der
Bundestagswahlen besprechen
und als Delegierter zum Lan-
desparteitag die kommunalpoli-
tischen Leitlinien vorstellen
wird.

Die Versammlung ist öffentlich.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

12.09.2013

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 26.09.2013



PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 20. September 2013

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: gegen 18:00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg
150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6, sowie Buslinie 26,
Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele
am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skat-
verbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.



Petra Sitte fröhlich auf dem diesjährigen CSD

Im Gespräch auf dem Neustadtfest



Petra Sitte vor Ort

Einen wahren „Stand–Marathon“ absolvierte unsere Direktkandidatin Petra Sitte am vergangenen Sonnabend in Halle. Vom Parkfest im halleschen Süden ging es zum CSD auf dem Markt, um anschließend auch den Bürgerinnen und Bürgern in Halle Neustadt ihre Positionen und die unserer Partei zu erläutern. Jetzt gilt es, gemeinsam mit Petra die letzte Woche mit aller Kraft zu nutzen, um das Direktmandat zu verteidigen und in Halle und im Bund ein möglichst hohes Wahlergebnis zu erreichen.



Frauenpower zum Parkfest im halleschen Süden.

Politikwechsel: Sozial. gerecht. machbar. Mit der LINKEN.

In einem Papier, das auf dem Konvent der LINKEN am 9. September 2013 im Umweltforum in der Berliner Auferstehungskirche vorgestellt wurde, hat die Partei zehn Kernziele und Einstiegsprojekte für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages formuliert:

Die bevorstehende Wahl könnte ein Wendepunkt sein. Ein Anlass für eine demokratische Debatte, wohin das Land steuern soll: Wollen wir, dass dieses Land gerechter

wird oder dass wenige durch Arbeit vieler reich werden? Wollen wir, dass dieses Land keinen Menschen zurück lässt oder soll Armut von Kindern, Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentnern weiterhin Millionen zählen? Wollen wir, dass die Bundesrepublik zum Motor eines sozialen Aufbruchs für Europa wird oder soll auch die nächste Bundesregierung den Kontinent weiter in die wirtschaftliche und soziale Depression treiben? Wollen wir, dass dieses Land end-

lich wieder zum Grundsatz zurückkehrt, nach dem von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen soll oder sollen deutsche Soldaten und Waffen weiter in aller Welt Krieg führen? Und wollen wir schließlich, dass dieses Land endlich erste Schritte auf dem Weg in eine neue solidarische, demokratische und nachhaltige Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft geht oder sollen wir uns weiter das Nachdenken über Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus verbie-

ten lassen.

Doch zwei Wochen vor der Bundestagswahl versinken diese Fragen in einer bleiernen Stimmung: Angela Merkel und Peer Steinbrück führen an der Spitze der großen Parteien einen Wahlkampf, der nicht mal so tut, als würde um unterschiedliche Lager gerungen. Immer wenn die SPD sich von der CDU absetzen will wird deutlich, dass sie tief in die negativen Entwicklungen der letzten Jahre verstrickt ist. Glaubwürdig würde ihre Orientierung hin zu einer sozialen Politik nur, wenn sie aufhörte, auf eine große Koalition zu schießen. Doch mit Blick auf die Regierungsbildung wollen die anderen Parteien es sich untereinander nicht verderben. Ein wirklicher Politikwechsel ist so nicht möglich. Die drängenden Fragen unserer Zeit werden dabei umgangen.

Die LINKE im Parlament wird Ideenwerkstatt für den sozialen Fortschritt und Motor für den Politikwechsel sein. Unsere Partei wird in der kommenden Wahlperiode zehn konkrete Kernziele eines Politikwechsels in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen und dafür politische Einstiegsprojekte definieren, die unsere neue Fraktion in den ersten Monaten auf die politische Tagesordnung setzen wird:

1. Wir wollen den Niedriglohnsektor abbauen und das Reallohniveau erhöhen:

Wir halten es für falsch und ungerecht, dass die Löhne langsamer als die Profite steigen. Unser Ziel ist es, dass am Ende niemand, der oder die voll erwerbstätig ist, auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen ist. Ein Vollzeitlohn bei 45-jähriger Beitragszahlung muss immer eine Rente oberhalb der Grund-

sicherung garantieren.

* Unsere Einstiegsprojekte in eine Lohnoffensive werden ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde mit einer stetigen Dynamisierungsperspektive und gleicher Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verbunden mit einer Flexibilitätszulage sein.

Arbeit darf nicht krank machen! Stressbedingte Krankheiten nehmen zu. Befristung, Werkverträge, Leiharbeit, Überstunden – diese Arbeitsformen machen es unmöglich, ein Leben zu planen. Das wollen wir ändern.

* Als ersten Antrag werden wir ein Verbot der sachgrundlosen Befristungen fordern.

* Um Arbeitszeitverkürzung zu befördern, werden wir zu Beginn der Wahlperiode beantragen, dass die zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf 40 Stunden gesenkt wird. Ausnahmeregelungen müssen deutlich reduziert, Überstunden effektiv begrenzt werden.

Frauen sind besonders häufig von unfreiwilliger Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung und unverhältnismäßig schlechter Entlohnung betroffen. Entlohnung und Arbeitssituation für Erzieherinnen und Erzieher, Krankenschwestern und Pfleger und im Einzelhandel wollen wir deutlich verbessern.

* Zu Beginn der Legislaturperiode werden wir einen Antrag einbringen, Mini- und Midijobs in sozialversicherungspflichtige reguläre Beschäftigung zu überführen.

2. Wir wollen Altersarmut abbauen und das Rentenniveau erhöhen:

In vier Jahren soll kein Mensch im Alter mehr arm sein, die Rente

muss wieder den Lebensstandard sichern.

* Wir werden zu Beginn der Wahlperiode ein Rentenkonzept einbringen. Der erste Schritt: Die Rente erst ab 67 soll rückgängig gemacht werden.

* Wir kehren zur paritätischen Finanzierung der Renten zurück. Wir beantragen im Laufe der Legislaturperiode, eine Mindestrente von 1.050 Euro, um die Notwendigkeit zur privaten Vorsorge zu beenden. Die in der Riester-Rente erworbenen Ansprüche sollen in die gesetzliche Rentenversicherung überführt werden. Das Rentenniveau von 53 Prozent wird wieder hergestellt, indem alle Erwerbs-Einkommen an der Rentenfinanzierung beteiligt werden. Jeder und jede muss nach 40 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können.

3. Wir wollen die Lohn- und Renteneinheit vollenden:

Mehr als 20 Jahre nach der Einheit muss es endlich für die gleiche Leistung den gleichen Lohn, und für die gleiche Lebensleistung die gleiche Rente geben.

* Als Einstiegsprojekt werden wir ein Konzept für die schrittweise Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau bis 2017 vorlegen.

* Wir bereiten eine Initiative vor, die niedrigeren Branchenmindestlöhne in Ostdeutschland auf Westniveau anzugleichen.

4. Wir wollen eine Gerechtigkeitswende im Steuersystem:

Unser Ziel ist es, dass am Ende der Legislatur Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen weniger Steuern bezahlen, hohe Einkommen und Vermögen aber deutlich höher besteuert werden und dass der Staat durch Nettomehr-ein-

nahmen dauerhaft an Handlungsfähigkeit gewinnt.

* Als erste Schritte werden wir beantragen, den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent, den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro und das Kindergeld auf 200 Euro anzuheben (ab dem dritten Kind entsprechend mehr).

* Reichtum verpflichtet: Die Vermögensteuer wurde vom Verfassungsgericht ausgesetzt, weil nicht alle Vermögensarten gleichermaßen einbezogen waren. DIE LINKE wird zu Beginn der Legislatur ein Modell vorlegen, in dem hohe Vermögen einer Vermögensteuer unterzogen werden.

5. Wir wollen ein Land ohne Armut:

Wir wollen Hartz IV abschaffen und perspektivisch durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro ersetzen.

* Als Einstieg werden wir im Bundestag beantragen, die Hartz-IV-Sätze sofort auf 500 Euro zu erhöhen, so dass sie das soziokulturelle Existenzminimum abdecken. Die Sanktionen sind abzuschaffen.

* Gleichzeitig starten wir eine Initiative für mehr öffentliche Beschäftigung. Die sogenannten Ein-Euro-Jobs würden damit überflüssig werden.

6. Wir wollen die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen:

Unser Ziel ist es, dass niemand mehr wegen seines Einkommens unterschiedliche medizinische Behandlung erfährt. Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung.

* Als Einstieg werden wir beantragen, die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherungen wieder paritätisch von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Beschäftig-

ten zu finanzieren. So wird der Beitrag für die Versicherten um rund 0,3 Prozent gesenkt.

* Zudem werden wir umgehend die Abschaffung der Zuzahlungen beantragen. Brillen und Zahnersatz müssen wieder in die Regelversorgung aufgenommen werden.

* Als nächsten Schritt werden wir beantragen, die Beitragsbemessungsgrenzen abzuschaffen. Es ist nicht einzusehen, warum Menschen mit hohem Einkommen prozentual weniger zahlen sollten als Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen.

7. Wir wollen, dass Demokratie für alle erfahrbar wird:

Die Demokratie in unserem Land ist auf unterschiedliche Weise ausgehöhlt worden: Die informationelle Selbstbestimmung der Menschen wurde durch Überwachung und Ausspähung untergraben. Millionen Menschen dürfen in Deutschland nicht wählen, obwohl sie bereits seit Jahren hier leben. Ganze Lebensbereiche sind demokratischen Entscheidungen entzogen und dem Markt untergeordnet worden. Die sozialen Grundlagen der Demokratie wurden durch Privatisierung öffentlichen Eigentums untergraben – und durch den Druck von steigenden Mieten und Energiepreisen.

Wir wollen die Persönlichkeitsrechte der Menschen stärken.

* Als ersten Schritt werden wir ein Moratorium und eine unabhängige Evaluation aller seit 2001 verabschiedeten Sicherheitsgesetze bzw. der laufenden Verhandlungen einbringen, insbesondere zum Safe-Harbor-Abkommen über die Weitergabe personenbezogener Daten aus der EU an Wirtschaftsunternehmen der USA und zum Ver-

zicht auf die Vorratsdatenspeicherung.

Wir wollen die demokratische Beteiligung aller fördern.

* Als ersten Schritt werden wir das Wahlrecht für alle seit fünf Jahren in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten beantragen.

Wir wollen, dass das Bildungssystem allen einen gleich guten Start ins Leben ermöglicht. Die frühe Zuteilung unterschiedlicher Lebenschancen durch das gegliederte Bildungssystem wollen wir überwinden. Bildung muss als öffentliche Aufgabe öffentlich finanziert und demokratisch organisiert sein. Gute Bildung für alle zu sichern ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern.

* Als ersten Antrag im neuen Bundestag werden wir das Kooperationsverbot für Bund und Länder in der Bildung rückgängig machen.

Wir wollen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge stoppen und durchgeführte Privatisierungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern rückgängig machen.

* Als ersten Schritt werden wir ein Gesetz einbringen, dass alle Privatisierungsvorhaben der öffentlichen Infrastruktur – z.B. von Wasser oder Stromnetzen – an die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung in Form einer Volksabstimmung bindet.

Wir wollen die soziale Entmischung von Wohngebieten stoppen. In den vergangenen Jahren sind die Mietpreise in Ballungszentren, Groß- und Universitätsstädten explodiert. Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen ihre Miete nicht mehr bezahlen können und aus Stadtteilen vertrieben werden, in

denen sie z.T. über Jahrzehnte gelebt haben.

* Dafür werden wir einen Antrag einbringen, der Mieterhöhungen ohne Wohnwertsteigerungen oberhalb der Inflationsrate für unzulässig erklärt und Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietungen ausschließt.

8. Wir wollen eine Energie-wende mit Sozialsiegel:

Wir wollen die Energieversorgung umbauen, Alternativen zu umweltschädlichen Produktionszweigen schaffen und umweltverträgliche, für alle zugängliche Formen der Mobilität entwickeln. Dazu gehört ein sozial ausgewogenes Konzept für eine Energiewende.

* Wir bringen ein Konzept für die Regulierung der Strompreise ein. Zu den ersten Maßnahmen gehört, unberechtigte Rabatte für die Industrie zu streichen. Wir wollen ein gebührenfreies Grundkontingent und einen teureren hohen Verbrauch.

9. Wir wollen einen kategorischen Gewaltverzicht in der deutschen Außenpolitik verankern und das Geschäft mit dem Tod ächten:

Die Bundeswehr soll am Ende der nächsten Legislatur auf den Auftrag der Landesverteidigung zurückgeführt sein. Wir wollen, dass der Einsatz der Bundeswehr im Ausland – wieder – untersagt wird.

* Als erstes werden wir einen Antrag einbringen, der alle Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan nach Deutschland zurückberuft. Jede Waffe findet ihren Krieg. Rüstungsexporte gehören verboten.

* Wir werden zu Beginn der Legislatur beantragen, dass die Bundesregierung keine Hermes-Bürg-

schaften für Rüstungs- und Waffenexporte mehr übernimmt.

10. Wir wollen, dass Deutschland zum Motor einer sozialen Wende in Europa wird:

Gute Nachbarschaft und eine gemeinsame, solidarische und demokratische Entwicklung sind unsere Perspektive. In vier Jahren soll es in Europa keine Troika-Diktate mehr geben, und die europäischen Verträge sollen um einen Sozialpakt ergänzt sein, der gemeinsame soziale Mindeststandards für alle Bürgerinnen und Bürger garantiert.

* Als erste Anträge werden wir einbringen, dass private Banken nicht mehr ohne Gegenleistungen (in Form von Anteilen und Einfluss auf die Geschäftspolitik) aus Steuergeldern gerettet werden.

Weitere Rettungspakete wollen wir an zwei Bedingungen knüpfen:

1. Sie müssen mit einer Sozialstaatsgarantie verbunden werden: Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Abbau von Sozialleistungen werden ausgeschlossen.

2. In den betreffenden Ländern

wird eine Vermögensabgabe auf hohe Vermögen erhoben, um die Reichen an der Finanzierung der Krise angemessen zu beteiligen.

Mit diesen zehn Kernzielen und Einstiegsprojekten sagen wir den Wählerinnen und Wählern, in welche Richtung wir das Land verändern wollen, und woran wir unser politisches Handeln in der kommenden Legislaturperiode ausrichten werden. Wir sagen, wohin wir wollen und was wir auf den Weg bringen wollen. Wir beginnen mit einzelnen entschlossenen Schritten – aber dabei kann es nicht bleiben. Die LINKE steht für eine Alternative. Dafür ringen wir um politische Mehrheiten.

Wer für einen Politikwechsel ist, sich an diesen Kernzielen orientiert, ist dazu eingeladen, der LINKE am 22. September beide Stimmen zu geben.

Wer unsere Unterstützung für ein Regierungsbündnis haben will, muss sich auf den Boden dieser Ziele stellen.

Seit Hartz IV sind die Menschen länger erwerbslos

»Vieles war ausgezeichnet an der Agenda von Gerhard Schröder, etwa die hoch umstrittene Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe«, sagte Sigmar Gabriel im Juni 2013. Die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird heute von Konservativen wie von vielen Sozialdemokraten gefeiert. Verschwiegen wird: Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe stellte den größten sozialpolitischen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Das Prinzip der Lebensstandardsicherung bei Langzeiterwerbslosigkeit wur-

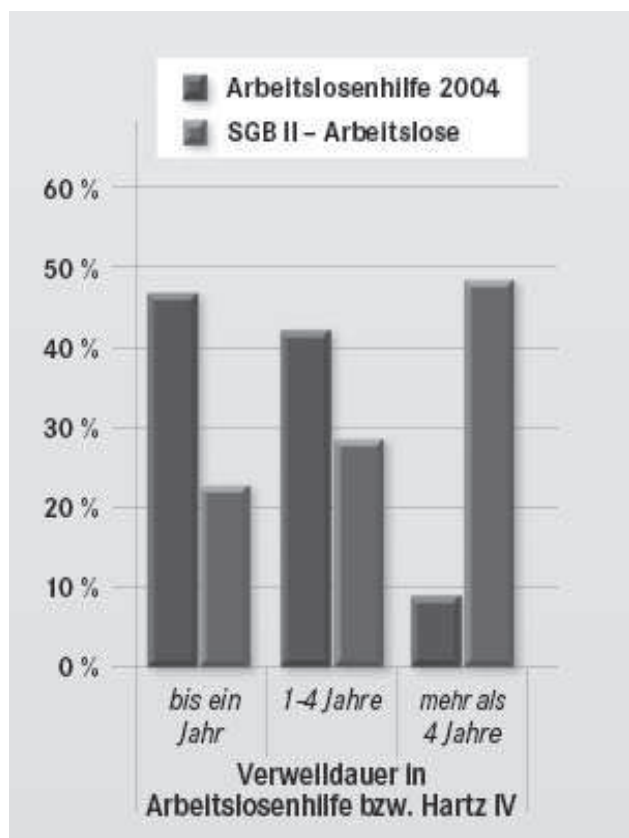
de abgeschafft und durch eine viel zu niedrige Fürsorgeleistung ersetzt. Viele erfuhren dadurch eine erhebliche Kürzung ihrer Leistungen oder verloren den Anspruch darauf gleich ganz.

Als Grund wurde genannt: So würden Erwerbslose »aktiviert« werden, damit sie schneller in Erwerbsarbeit zurückkehrten. Die Hartz-IV-Reform verfolgte das »Ziel einer schnellen und passgenauen Eingliederung der Leistungsbezieher in den Arbeitsmarkt«.

Ist das Ziel erreicht? Im Gegenteil! Die Hartz-Reformen haben dazu

geführt, dass Menschen länger erwerbslos bleiben. Während die durchschnittliche »Verweildauer« in der ehemaligen Arbeitslosenhilfe im Jahr 2004 bei 48 Wochen lag, liegt sie für Hartz-IV-Beziehende heute bei 130 Wochen. Selbst in der Sozialhilfe war die »Verweildauer« 2004 kürzer als bei Hartz IV im Jahr 2012: durchschnittlich rund 28 Monate. Heute bleiben vergleichbare Personen über 40 Monate in Hartz IV. Fast die Hälfte aller Langzeiterwerbslosen bezieht vier Jahre und länger Leistungen – in der Arbeitslosenhilfe waren es Ende 2004 weniger als zehn Prozent. Hartz IV ist Armut per Gesetz – und zwar für viele dauerhaft. Sogar gemessen an den eigenen Zielen ist das Konzept also völlig gescheitert. DIE LINKE steht für einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der konsequent mit der Hartz IV Logik bricht. Wir brauchen:

1. Eine Erwerbslosenversicherung, die den Lebensstandard annähernd sichert.
 2. Eine Arbeitsmarktpolitik, die mit öffentlichen Mitteln mehr gute Arbeitsangebote schafft. Und wir wollen
 3. eine sanktionsfreie Mindestsicherung einführen, die perspektivisch nicht unter 1.050 Euro liegt.
- Als Sofortmaßnahme müssen die Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro angehoben werden.



Verantwortung für Sachsen-Anhalt Perspektiven sichern

„Die Haushaltspläne der Landesregierung bedeuten einen strukturellen Kahlschlag in zentralen Bereichen des Landes. Das Arbeitspapier zu den Hochschulen zeigt exemplarisch, wie drastisch, umfassend und folgenreich die Einschnitte infolge der bisher vereinbarten Sparziele sind. Der geplante Umbau der Hochschulen, die bereits vor Beginn gescheiterte Polizeistrukturereform, der forcierte Kulturabbau, die Einschnitte im Blindengeld, die Personalmisere an den Schulen, der Abschied von der Jugendpauschale – diese Vorgaben bringen Sachsen-Anhalt an einen Scheideweg. Tausende Menschen haben die Dimension der Sparziele begriffen, unser Bundesland hat in diesem Jahr die größte Protestwelle gegen Regierungsvorhaben seit 1989 erlebt.

Die Haushaltsverhandlungen, die heute im Landesparlament beginnen, sind die erste Etappe einer langfristigen Weichenstellung. Wollen wir noch mehr Menschen verlieren, die Sachsen-Anhalt aufgrund mangelnder Perspektiven und Zuversicht verlassen?

Wollen wir das Land in eine Abwärtsspirale fallen lassen?

Die Landesregierung hat in den letzten Wochen bewiesen, dass sie nicht bereit ist, diesen Kurs wirklich zu verlassen. Gleichzeitig mehrten sich die Stimmen in der SPD, die die Politik der Landesregierung als unvereinbar mit sozialdemokratischen Grundsätzen charakterisieren. Dies wird sich jedoch in dieser Koalition und mit dieser Landesregierung nicht ändern. Deshalb bieten wir der SPD an, gemeinsam mit uns die Verantwortung für dieses Land zu übernehmen, um den drohenden Schaden für Bildung, Wissenschaft und Kultur und öffentliche Daseinsvorsorge abzuwenden und dieses Land gemeinsam zu entwickeln.

DIE LINKE ist sich der Tragweite bewusst, für Sachsen-Anhalt und die jetzigen Koalitionsparteien. Der Landesvorstand und die Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt tragen gemeinsam den Aufruf an die SPD - für eine alternative Politik stehen wir bereit.“

Birke Bull
Landesvorsitzende

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender